

ABSCHLUSSBERICHT

RAN-LOCAL-Meeting zum Thema „Prävention möglicher Gewalt auf der Grundlage von regierungsfeindlichem Extremismus auf lokaler Ebene“.

24.–25. März 2022, Online-Treffen

Prävention möglicher Gewalt auf der Grundlage von regierungsfeindlichem Extremismus auf lokaler Ebene

Kurze Zusammenfassung

Die COVID-19-Pandemie hat verschiedenen Narrativen Auftrieb gegeben, die auf Misstrauen gegenüber Regierungen und politischen Maßnahmen beruhen. Diese Narrative haben einen neuen Stil des „regierungsfeindlichen Extremismus“ gefördert, der eine Vielzahl extremistischer Gruppen anziehen scheint, darunter z. B. ImpfgegnerInnen, VerschwörungstheoretikerInnen, RechtsextremistInnen und LinksextremistInnen, und der eine breite Masse von Menschen erreicht, die ihrerseits Misstrauen und mitunter sogar Feindseligkeiten gegenüber (lokalen) Regierungen entwickeln. Der Begriff „regierungsfeindlicher Extremismus“ bezieht sich auf alle Bewegungen oder Aktionen, die mit Antipathie gegenüber Vertretern und Beamten der Regierung und den demokratischen Institutionen auftreten. Das bedeutet auch, dass es sich um Gruppen handelt, die sich der Politik der Regierung widersetzen und bereit sind, zu Gewalt aufzurufen oder Gewalt anzuwenden, und zwar nicht nur gegen die Behörden, sondern auch gegen alle Institutionen oder Personen, welche die Politik der Regierung unterstützen oder umsetzen. In diesem Zusammenhang hat die RAN-LOCAL-Arbeitsgruppe ein Online-Treffen für lokale KoordinatorInnen für die Prävention und Bekämpfung des gewaltbereiten Extremismus (P/CVE) und PraktikerInnen an vorderster Front einberufen, um Erkenntnisse darüber zu sammeln, wie sich regierungsfeindlicher Extremismus auf lokaler Ebene äußert, und um mögliche Maßnahmen zur Prävention gewalttätiger oder gewaltnaher Aktionen zu erörtern, die von dieser Art des Extremismus ausgehen können. Dieser Beitrag fußt auf den Erkenntnissen dieses Treffens vom 24. und 25. März 2022. Die TeilnehmerInnen gaben unter anderem die folgenden Empfehlungen:

- Es sollten bereits bestehende Interventionen und Aktionspläne gegen gewaltbereiten Extremismus genutzt werden, wobei geprüft werden sollte, wie diese im Hinblick auf gewaltnahe oder gewalttätige Aktionen, die von regierungsfeindlichen Ressentiments hervorgerufen werden, angepasst werden können.
- Es müssen neue Allianzen zur Einbeziehung von PartnerInnen aus der Gemeinschaft und AkteurInnen aus der Zivilgesellschaft geschaffen werden.
- Lokale Fachkräfte müssen im Erkennen und Umgang mit den wichtigsten Symbolen und Narrativen geschult werden, die von regierungsfeindlichen extremistischen Gruppen genutzt werden, sowie in der Frage, wie man auf lokale Gemeinschaften zugeht und mit ihnen den Dialog sucht.

- Medien müssen genutzt werden, um über Hassreden zu berichten, und lokale Schlüsselfiguren oder Einflussnehmer müssen einbezogen werden, um die öffentliche Debatte zu stimulieren und Kampagnen gegen Gewalt zu stärken.

Kontext der Diskussion

Im Anschluss an den Ausbruch der COVID-19-Pandemie haben sich Extremisten verschiedener Gruppen Verschwörungsnarrativen bedient, **die behaupten, dass Regierungen die Öffentlichkeit in die Irre führen, die Forderungen ihrer Bürger missachten und ihnen ihre persönlichen Freiheiten wegnehmen würden.** Dieses Narrativ wird von unterschiedlichen Extremisten unterschiedlichster Ideologien genutzt, um ihren Standpunkt weiter zu stärken und das Vertrauen in die Regierungen drastisch zu schwächen. Es wurde aber auch von anderen Menschen übernommen, die frustriert und unsicher und somit empfänglich für solche Ideen sind. **Dieses Narrativ mündete in einer neuen Form des regierungsfeindlichen Extremismus, der sich in einer Kombination aus gewalttätigen und gewaltnahen Aktionen manifestiert.**

Das Ausmaß, in dem sich der regierungsfeindliche Extremismus auf gewaltsame Mittel manifestiert, **hängt stark von lokalen und kontextuellen Faktoren ab.** Während einige Teilnehmer das Ausmaß an Gewalt in ihren Ländern als „hoch“ und „zunehmend hoch“ beschreiben, gaben andere an, dass Ausmaß an Gewalt in ihren Ländern „relativ niedrig“ sei.

Erscheinungsformen von regierungsfeindlichem Extremismus auf lokaler Ebene

Art der Manifestation	Beispiel
Krawalle	Viele Städte haben in letzter Zeit unter der bekanntesten Erscheinungsform gelitten, nämlich unter gewalttätigen Krawallen und Zusammenstößen mit der Polizei. In Belgien, Deutschland, Spanien, den Niederlanden und Österreich sowie in vielen anderen Ländern gingen Demonstranten gegen die (Impf-)Maßnahmen ihrer Regierungen in Bezug auf die COVID-19-Pandemie auf die Straße. In mehreren Fällen eskalierten diese Proteste schnell und schlugen in gewalttätige Krawalle um, bei denen Randalierer mit der Polizei zusammenstießen, öffentliches Eigentum demolierten und Polizeigebäude und -fahrzeuge in Brand setzten – wie etwa bei den Protesten in Rotterdam in den Niederlanden ⁽¹⁾ .
Vandalismus	Weitere Beispiele für gewalttätigen regierungsfeindlichen Extremismus sind der Vandalismus von Gesundheits- und Impfzentren und Angriffe auf deren Mitarbeiter. Mitarbeiter des Gesundheitswesens, insbesondere an Impfzentren, wurden Opfer gewalttätiger Angriffe von wütenden ImpfskeptikerInnen und VerschwörungstheoretikerInnen, die überzeugt davon sind, dass ihre Regierungen ihre persönlichen Freiheiten verletzen. Sie verwüsteten Impfzentren und setzten diese in Brand. Ein solcher Vorfall in Polen wurde von der polnischen Regierung selbst als „Terrorakt“ bezeichnet ⁽¹⁾ .
Gewalttaten von Einzelpersonen	Beachtenswert ist, dass sich gewalttätiger regierungsfeindlicher Extremismus nicht immer in Handlungen extremistischer Gruppen manifestiert, sondern auch durch Handlungen von Einzelpersonen, die aus Wut und Oppositionshaltung gegen die Politik ihrer Regierung auf eigene Faust Gewalttaten begehen. Ein Beispiel ist die Tötung eines Tankstellenangestellten in Idar-Oberstein, der von einem Kunden erschossen wurde, nachdem er ihn aufgefordert hatte, den vorgeschriebenen Mund-Nase-Schutz zu tragen ⁽²⁾ .

⁽¹⁾ Siehe: <https://www.vox.com/2021/1/26/22250380/violent-anti-lockdown-protests-netherlands>

⁽²⁾ Siehe: <https://www.reuters.com/world/europe/germans-shocked-by-killing-cashier-after-covid-mask-row-2021-09-21/>

Bedrohung von Politikern	<p>Die Teilnehmer machten auch auf einen weiteren besorgniserregenden Aspekt des regierungsfeindlichen Extremismus aufmerksam: die direkte und indirekte Bedrohung von Politikern und Beamten über soziale Medien und im echten Leben. Auch Schulen und medizinische Fachkräfte, die die Präventions- und Impfmaßnahmen der Regierung implementierten, wurden schikaniert und bedroht. Die Drohungen und Angriffe gegen kommunale und nationale Politiker zielen jedoch nicht nur darauf ab, die Regierungsvertreter einzuschüchtern. Sie stellen auch Angriffe auf die gesamte Demokratie und die demokratische Grundrechtsordnung in der Gesellschaft dar. So erhielten beispielsweise Politiker in Frankreich direkte E-Mails, in denen ihnen mit einem „Kugelhagel“ gedroht wurde, sollten sie neue Beschränkungen erlassen ⁽³⁾.</p>
Verteidigungsgruppen	<p>Der regierungsfeindliche Extremismus manifestiert sich auch durch beinahe bereits militärisch organisierte „Verteidigungsgruppen“ und gewalttätige Bewegungen, die zur „Verteidigung“ von Anti-Impf-Demonstrationen organisiert wurden. Diese Verteidigungsgruppen lehnen die Legitimität ihrer Regierungen ab und versuchen, ihre Politiker vor die sogenannten ordentlichen Gerichte zu bringen. Die Mitglieder der Gruppen vernetzen sich untereinander auf Social-Media-Plattformen, wo sie Trainingslager für Ex-Soldaten organisieren, mit dem Ziel, Regierungen zu bekämpfen und Impfzentren, Schulen, Stadträte und Leiter des öffentlichen Gesundheitswesens jeglicher Art gezielt zu treffen. Diese Gruppen sind unter anderem als „Sovereign Citizens“ im Vereinigten Königreich ⁽⁴⁾ und „Defend IJmuiden“ in den Niederlanden ⁽⁵⁾ bekannt.</p>
Polarisierende Atmosphäre	<p>Die TeilnehmerInnen äußerten sich ebenfalls besorgt über den polarisierenden und aufstachelnden Ton, der in Anti-Regierungs-Demonstrationen herrscht, und insbesondere darüber, das sie Extremisten ein Umfeld bieten, in dem sie rekrutieren und ihre Botschaft weiter verbreiten können. Der Grund dafür ist, dass rechtsextreme und antisemitische Gruppen regelmäßig an diesen Protesten teilnehmen. Um ihre extremistischen Ideen zu verbreiten, trugen einige Demonstranten bei ihren Demonstrationen Nazi-Symbole oder sogar einen modifizierten „Judenstern“, um Parallelen zwischen ungeimpften BürgerInnen und jüdischen BürgerInnen in der Nazizeit zu ziehen ⁽⁶⁾.</p>

Wer sind die „regierungsfeindliche Gruppen“?

Wie bereits erwähnt ist die Personengruppe, die sich im Rahmen des regierungsfeindlichen Extremismus zusammengeschlossen hat und das Narrativ des Misstrauens gegenüber den Regierungen nutzt, sehr heterogen. **Die Personen entstammen verschiedenen Gruppierungen wie ImpfgegnerInnen, VerschwörungstheoretikerInnen, RechtsextremistInnen, LinksextremistInnen, Mitgliedern der „Farmer Defence“ (extremistische Bauernvertreter) und Klima-Extremistengruppen**. Personen, die diesen unterschiedlichen Gruppierungen angehören, kamen bei den regierungsfeindlichen Demonstrationen nicht nur zusammen, um zu protestieren, sondern sie sahen in der vorherrschenden Frustration und Empörung auch eine Chance, ihre extremistischen Ideologien zu streuen und so mehr Menschen zu erreichen.

⁽³⁾ Siehe: https://www.euractiv.com/section/politics/short_news/french-mps-receive-death-threats-over-covid-19-restrictions/

⁽⁴⁾ Siehe: <https://www.dailymail.co.uk/news/article-10384239/Alpha-Men-Assemble-Inside-anti-vax-group-members-taught-wage-war>

⁽⁵⁾ Siehe: <https://www.nhnieuws.nl/nieuws/279636/politie-onderzoekt-defend-ijmuiden-wat-weten-we-over-deze-groep>

⁽⁶⁾ Siehe: https://www.theguardian.com/world/2022/jan/26/germany-to-crack-down-on-covid-protesters-in-yellow-star-badges?CMP=Share_AndroidApp_Other

Allerdings sind nicht alle DemonstrantInnen ExtremistInnen oder gehören einer extremistischen Gruppierung oder radikalisierten Bewegung an. Die TeilnehmerInnen betonten, dass **eine beträchtliche Anzahl der DemonstrantInnen Erwachsene sind, die zum ersten Mal protestieren**, angetrieben von einer breiten Palette von Themen wie Impfskepsis, Gegnerschaft zur Immigration aus der Ukraine, Anti-5G, Verschwörungstheorien und Gaspreisen.

Diese Vielfalt der Personen und Gruppen, die an Demonstrationen gegen Regierungen teilnehmen, hat dazu geführt, dass es weder klare Organisation noch Führung gibt. **Demonstrationen gegen die Regierungen scheinen unstrukturiert und unorganisiert zu sein und keine klare Struktur oder identifizierbare AnführerInnen zu haben.** Die TeilnehmerInnen gaben an, dass es selbst bei Demonstrationen, die online über soziale Medien organisiert wurden, schwierig sei, die führenden Individuen in diesen Gruppen zu identifizieren, weshalb sie keinen offensichtlichen Zugang zur Gruppierung der DemonstrantInnen haben. In einer solchen Situation muss das Risiko von Eskalation und Gewalt auf andere Weise gemindert werden als bei einer „herkömmlichen Demonstration“ mit einer Art Organisationskomitee, das Ansprechpartner für die örtlichen Behörden sein kann.

Was ist der Nährboden für regierungsfeindlichen Extremismus?

Die TeilnehmerInnen des Treffens konstatierten mehrere Situationen, welche die Entwicklung von regierungsfeindlichem Extremismus begünstigen:

- Fast 2 Jahre strenger Lockdown- und Isolationsmaßnahmen haben **die geistige Gesundheit vieler Menschen stark strapaziert**. Dies ist vielleicht auf den noch nie dagewesenen Druck zurückzuführen, mit dem anhaltenden Lockdown oder auch Arbeitslosigkeit, dem Verlust von Familienmitgliedern oder dem Zwang, viel Zeit allein zu Hause (und dort im Internet) zu verbringen, fertig zu werden. In der Zeit nach der Pandemie nehmen die Menschen neue Entwicklungen deshalb anders wahr und haben eine andere Einstellung gegenüber Maßnahmen, die von Regierungen auferlegt werden.
- Viele TeilnehmerInnen wiesen darauf hin, dass ein wichtiger Nährboden für regierungsfeindlichen Extremismus darin besteht, dass sich die Menschen von ihren Regierungen immer stärker ignoriert und unbeachtet fühlen. **Sie sprachen über die Unzulänglichkeiten des derzeitigen demokratischen Systems in Bezug auf die wirklich bedeutsamen Forderungen der Menschen**, was zu einer wachsenden Unzufriedenheit der Menschen mit dem Funktionsmechanismus der Demokratie führt. Ganz gewöhnliche Bürger, die sich vom System ausgeschlossen fühlen, gehen auf die Straße, um ihren Wunsch nach einem demokratischen System zu äußern, in dem sie sich beteiligt fühlen. Extremisten haben jedoch die Unzufriedenheit der Menschen missbraucht, um sich als Beschützer der „kleinen Leute“ vor den ignoranten Eliten darzustellen und Menschen wie die oben genannten Verteidigungsgruppen zu rekrutieren oder sogar neue politische Parteien zu gründen, um an den demokratischen Parlamentswahlen teilzunehmen.
- Ein letzter Punkt ist **der Einfluss der sozialen Medien auf die Stimmung der Menschen gegenüber den Regierungen**. In einer Zeit voller Unsicherheiten und widersprüchlicher Informationen neigen die Menschen dazu, im Internet nach (einfachen) Antworten zu suchen, wo sie stattdessen eine unvorstellbare Menge an widersprüchlichen Nachrichten und Fake News vorfinden. Ohne die Glaubwürdigkeit der Plattformen zu überprüfen, auf denen verschwörungsbasierte Erklärungen verbreitet werden, nehmen die Menschen alle (einfachen) Antworten, die sie auf ihre (schwierigen) Fragen finden können, als wahr hin und beginnen, die Nachrichten in den althergebrachten (staatlichen) Medien zu hinterfragen und ihnen zu misstrauen. Selbst in Bezug auf den Krieg in der Ukraine berichteten die TeilnehmerInnen von Menschen, die sich weigern, der medialen Darstellung der Regierung über den Krieg Glauben zu schenken. In manchen Ländern haben die TeilnehmerInnen beobachtet, dass einige BürgerInnen den russischen Online-Kampagnen stärker ausgesetzt sind und die Berichterstattung althergebrachter (staatlicher) Medien als unwahr ansehen. Dies gilt vor allem in den osteuropäischen Ländern, die an Russland grenzen, wo die Auswirkungen der russischen Online-Kampagne am größten sind. Außerdem wiesen die TeilnehmerInnen darauf hin, dass **der Krieg in der Ukraine und der Einfluss Russlands in der Region das nächste große Thema sein wird, das in weiteren regierungsfeindlichen Protesten münden könnte**.

Erste Empfehlungen für den Umgang mit regierungsfeindlichem Extremismus

Die Möglichkeiten, mit dieser Art von Extremismus auf lokaler Ebene umzugehen, lassen sich in vier Kategorien einteilen: Nutzung bereits vorhandener Interventions- und Aktionspläne, Zusammenarbeit zwischen den AkteurInnen auf lokaler Ebene, Ausbildung und Schulung und Nutzung der Medien.

1. Nutzen, was bereits vorhanden ist

„Bereits vorhandene Strukturen anpassen, anstatt das Rad neu zu erfinden“

Bestehende Kooperationen, Aktionspläne und Interventionen im Bereich P/CVE sollten zurate gezogen werden, wobei geprüft werden sollte, **wie diese angepasst werden können**, um mit gewaltnahen oder gewalttätigen Aktionen umzugehen, die von regierungsfeindlichen Ressentiments hervorgerufen werden. Nur wenn diese aktuell fehlen, wird es als sinnvoll erachtet, neue Strukturen zu schaffen (?). Anpassungen können verschiedene Aspekte umfassen, wie z. B. die **Ausweitung des Extremismusbegriffs, der (Art der) Maßnahmen, der Zielgruppe(n) und/oder der Partner, mit denen zusammengearbeitet wird.**

2. Zusammenarbeit

„In friedlichen Zeiten Brücken und Koalitionen bauen, um sie in schwierigen Zeiten zu nutzen“

Sehr wahrscheinlich müssen **neue Allianzen** innerhalb lokaler, akteursübergreifender Kooperationsstrukturen gebildet werden, um mit gewaltnahen oder gewalttätigen Aktionen im Zusammenhang mit regierungsfeindlichem Extremismus fertig zu werden. Daher ist es wichtig, **den Hintergrund** der DemonstrantInnen oder der an gewaltnahen oder gewalttätigen Aktionen beteiligten Personen zu kennen. Wer sind sie, was sind ihre Frustrationen, wie und von wem werden sie beeinflusst?

Erstellen Sie dann eine Liste verschiedener Gemeinschaften und Organisationen in Ihrer Stadt, die von Bedeutung sein könnten. Welche Organisationen und Gemeinschaften sind in einer Gemeinschaft oder einem Viertel (sozial) aktiv? Wen erreichen sie? Stehen sie in Kontakt mit den Personen, die Ihnen Sorgen bereiten? **Wer kann die Menschen erreichen, die anfällig für regierungsfeindliche Ressentiments sind?** Es ist wahrscheinlich, dass es sich dabei nicht um staatliche Behörden handelt, sondern um AkteurInnen der **Zivilgesellschaft**. Als neue Partner kommen Psychologen, Personen, die sich mit Sekten und Kulturen (in der Kirche) befassen, Tafeln und kommunale Beratungsgruppen, z. B. mit lokalen Geschäftsinhabern, in Frage. Versuchen Sie, mit diesen Personen in Kontakt zu treten und mit ihnen den Dialog zu suchen: Wie beeinflusst die aktuelle Situation ihre Arbeit, was fällt ihnen auf? Nutzen Sie dies als Ausgangspunkt für die weitere Zusammenarbeit.

Zusätzliche Empfehlungen für die Zusammenarbeit zwischen verschiedenen AkteurInnen auf lokaler Ebene:

- **Unterstützung von Familien und Menschen, die radikalisierten Personen nahe stehen.** Sie machen sich vermutlich Sorgen um ihre Angehörigen und wissen vielleicht nicht, was sie in dieser Situation tun sollen. Sie könnten auch eine Anlaufstelle sein, um die radikalisierte Person noch zu erreichen.
- Einige aktive DemonstrantInnen zu kennen, kann nicht nur dabei helfen, eine Anlaufstelle für die Kommunikation mit den Gruppierungen zu finden, sondern auch dabei, AkteurInnen zu identifizieren, die mit der Anwendung von Gewalt nicht einverstanden sind und **die andere wiederum von der Anwendung von Gewalt abhalten können.** Abhängig von der Gruppierung und ihrer Gesinnung

(?) Bei der Einrichtung einer neuen P/CVE-Struktur kann dieses RAN-Grundsatzpapier einige Leitlinien liefern: [„Developing a local prevent framework and guiding principles – Part 2“](#)

können **Friedenspolizeikräfte** auch als ein vorsichtiger Ansatz eingesetzt werden, um zu versuchen, Menschen von Gewaltanwendung abzuhalten.

Beispiel für eine gute Zusammenarbeit zwischen lokalen Behörden und Polizei

Auf Grundlage der obigen Beispiele ist ersichtlich, dass die Zusammenarbeit zwischen Vertretern der lokalen Behörden und der Polizei von essenzieller Bedeutung ist. Dennoch ist es zugleich ein sehr heikles Unterfangen, wenn es darum geht, gewaltnahe und gewalttätige Aktionen zu verhindern und zu bekämpfen, die im regierungsfeindlichen Extremismus wurzeln. In einem der Beispiele, das während des Meetings genannt wurden, trug eine enge Zusammenarbeit zwischen kommunalen Beamten und der Polizei dazu bei, die Eskalation einer lokalen Protestbewegung zu verhindern. Die Zusammenarbeit startete, sobald sich die Proteste ankündigten, sodass die Polizei und die lokalen Behörden bereits in der Planungs- und Vorbereitungsphase Informationen austauschen konnten, bevor die Demonstration überhaupt stattfand. Gemeinsam legten sie Kommunikationskanäle für die Dauer der Demonstration und für den Fall, dass Gewalt auftreten sollte, fest. Sie beschlossen, die Polizei als Sprecher der DemonstrantInnen zu engagieren. Die lokalen Behörden waren während der Demonstration für die Kommunikation mit und die Information von anderen relevanten Institutionen und Organisationen, wie dem öffentlichen Nahverkehr, zuständig.

3. Ausbildung und Schulung

„Die lokalen Behörden müssen weiterhin in die Ausbildung von PraktikerInnen an vorderster Front investieren, damit diese mit den Gemeinschaften in Kontakt treten und die Frustrationen der Menschen ernst nehmen können“

Fachkräfte auf lokaler Ebene sowie andere AkteurInnen, die an den akteursübergreifenden Kooperationsstrukturen beteiligt sind, müssen **ausgebildet und geschult** werden, damit sie diese spezielle Art von Extremismus erkennen und damit umgehen können. Da die gewalttätigen oder gewaltnahen Aktionen, die aus regierungsfeindlichen Ressentiments resultieren, eine ganze Reihe von extremistischen und verschwörerischen Narrativen umfassen, ist ein intensives und tiefgehendes Schulungs- und Aufklärungsprogramm aufgrund mangelnder Ressourcen möglicherweise nicht durchführbar. Es gibt jedoch einige bekannte Aspekte in der Ausbildung und Schulung, die für lokale AkteurInnen von Vorteil sind und auch in diesen Kontexten Anwendung finden können:

- **Fachkräfte vor Ort darin schulen, sich die Frustrationen der Menschen anzuhören:** Vergessen Sie nicht, dass die Handlungen und Denkweise einer Person von der *Wahrnehmung* der Frustrationen abhängen. Sie können die Emotionen und Frustrationen einer Person anerkennen, ohne das, was sie sagt, zu bestätigen. Die Identifikation der zugrunde liegenden Frustrationen einer Person kann ein erster Schritt sein, um diese zu überwinden ⁽⁸⁾.
- Schulung lokaler AkteurInnen in der Frage, **wie man mit einer Gemeinschaft zusammenarbeitet**, da Gemeinschaften radikale Ideologien entgegentreten, Frühwarnungen geben und bei der Erstellung und Durchführung von Kampagnen helfen können ⁽⁹⁾. Siehe zum Beispiel diesen [Schritt-für-Schritt-Ansatz](#) für den Aufbau und die Pflege einer erfolgreichen Zusammenarbeit zwischen lokalen Behörden und Gemeinschaften.
- **Aufklärung lokaler AkteurInnen über die in verschiedenen extremistischen Ideologien, am häufigsten verwendeten Symbole und Narrative**, einschließlich derer, die unter regierungsfeindlichen Extremisten Anwendung finden. Stellen Sie auch sicher, dass die lokalen AkteurInnen wissen, wie sie sich verhalten sollten, wenn sie online oder offline auf diese Narrative und Symbole stoßen. Einige Beispiele für

⁽⁸⁾ Siehe auch S. 4 des RAN-C&N-Abschlussberichts [„Verschwörungsnarrative: Aktueller Stand und Ausblick auf die Zukunft für die P/CVE-Arbeit in der EU“](#), 2021.

⁽⁹⁾ Siehe RAN Ex Post Paper [„Engaging with communities in P/CVE“](#)

häufig genutzte Symbole und Narrative wurden in früheren RAN-Veröffentlichungen ⁽¹⁰⁾ zusammengestellt.

Wenn es darum geht, die **Widerstandsfähigkeit** gegenüber regierungsfeindlichem Extremismus zu erhöhen:

- darauf achten, **die Verbreitung von Fake News zu erkennen und diese zu stoppen, indem Medienkompetenz und Demokratie und demokratische Werte** in Schulen oder anderen Bildungseinrichtungen gefördert werden ⁽¹¹⁾;
- **Förderung und Nutzung von Mentorenprogrammen**, bei denen Menschen, die für radikalisierende Einflüsse anfällig sind, mit einer Person zusammengebracht werden, der dem Betroffenen helfen kann, alternative Wege und Stimmen innerhalb des demokratischen Systems zu finden.

4. Einsatz von Medien

„Denken Sie an die Möglichkeiten, welche die Medien für (Online-)Interventionen bieten“

Die Medien spielen eine bedeutsame Rolle bei der Verbreitung von regierungsfeindlichen Ressentiments. Es ist daher wichtig, diesen Aspekt bei der Verhinderung und Bekämpfung von Gewalt, die in regierungsfeindlichen und extremistischen Stimmungen wurzelt, zu berücksichtigen.

- Nutzen Sie die Möglichkeit von **Online-Interventionen** wie **Meldung** von Hassreden und extremistischen Inhalten sowie **aktives Verbreiten alternativer Narrative**.
- Nutzen Sie **Influencer oder Schlüsselfiguren innerhalb von Gemeinschaften, um die öffentliche Debatte anzuregen und Kampagnen gegen Gewalt zu fördern** ⁽¹²⁾. Lassen Sie unterschiedliche Stimmen auf konstruktive Weise zu Wort kommen, um die Debatte zu entpolarisieren, anstatt die Polarisierung (weiter) zu verstärken.
- Besonders in osteuropäischen Ländern, die Russland geografisch nahe liegen, kann die russische Propaganda durch die Verbreitung von Verschwörungsnarrativen und Fake News regierungsfeindliche Ressentiments hervorrufen. Daher ist es wichtig, dass die **Medienpartner selbst eine Rolle bei der Bekämpfung von Fake News und bei der Sensibilisierung für Fake News spielen**. Partner bei den sozialen Medien könnten Inhalte in verschiedenen Sprachen (z. B. Russisch) **moderieren** und durch Kampagnen in der jeweiligen Landessprache **proaktiv das Bewusstsein schärfen. Die hergebrachten Medien könnten Disclaimer in ihre Inhalte einbauen**, wenn sie über ein heikles Thema berichten, und so die Vorverurteilung von Verschwörungsnarrativen abschwächen ⁽¹³⁾.

⁽¹⁰⁾ Siehe das RAN-Papier [‘Conspiracy theories and right-wing extremism’](#) (2021) oder das [‘Factbook on Far-Right Extremism’](#) (2019) des RAN.

⁽¹¹⁾ Siehe S. 17-18 des RAN Papers [„Conspiracy theories and right-wing extremism“](#) (2021).

⁽¹²⁾ Beispiele für die Entwicklung von Kampagnen mit Gegen- und Alternativnarrativen zusammen mit lokalen Gemeinschaften finden Sie in diesem RAN-Themenbeitrag: [‘Developing counter- and alternative narratives together with local communities’](#)

⁽¹³⁾ Siehe RAN-C&N-Abschlussbericht [„Verschwörungsnarrative: Aktueller Stand und Ausblick auf die Zukunft für die P/CVE-Arbeit in der EU“](#), 2021.

Relevante Praktiken

1. Wenn es darum geht, lokale Partner in der Erkennung von Symbolen und Handlungen zu schulen und einen Handlungsrahmen zu schaffen, wenn man auf solche Symbole oder Handlungen stößt, ist das **Institute of Social Safety** in Polen ein inspirierendes Beispiel. Als Reaktion auf eine Reihe von Vorfällen haben sie vor kurzem das Personal der Gedenkstätte Auschwitz-Birkenau geschult. Mehr über diese Praktik erfahren Sie [hier](#).
2. **Landeskoordinierungsstelle Bayern gegen Rechtsextremismus**: Die Fachstelle gegen Rechtsextremismus in Bayern hat vor kurzem ihren Aufgabenbereich erweitert, um sich mit der schnell zunehmenden Verbreitung von Fake News, Verschwörungs- und antidemokratischen Narrativen und dem daraus resultierenden wachsenden Misstrauen in die hergebrachten Medien und die Regierung zu befassen. Sie haben aktiv neue Allianzen mit Partnern geschlossen, mit denen sie zuvor nicht zusammengearbeitet haben, und arbeiten nach einem gemeinsamen Konzept mit AkteurInnen der Zivilgesellschaft. Außerdem haben sie relevante Partner ausgebildet und geschult und Unterstützungssysteme für Familienangehörige und Freunde radikalierter Personen eingerichtet.

Folgemaßnahmen

Ein Folgetreffen mit der C&N-Arbeitsgruppe, bei dem es um die Entwicklung und Umsetzung von Instrumenten zur Faktenüberprüfung und von Schulungen zur Medienkompetenz für MitarbeiterInnen an vorderster Front geht, um Fake News zu erkennen und Verschwörungstheorien zu verhindern.

Ein gemeinsames Treffen mit lokalen P/CVE-Koordinatoren und der Polizei, um die Möglichkeiten einer intensiven Zusammenarbeit bei der Prävention und Bekämpfung von (fast schon) gewalttätigen Taten im Zusammenhang mit regierungsfeindlichem Extremismus zu erörtern.

Weiterführende Literatur

Über Verschwörungsnarrative, Rechtsextremismus und regierungsfeindliche Ressentiments:

RAN-Bericht [„Conspiracy theories and right-wing extremism – Insights and recommendations for P/CVE“](#) ([Verschwörungstheorien und Rechtsextremismus – Einblicke und Empfehlungen für P/CVE](#)), 2021.

RAN-C&N-Abschlussbericht [„Verschwörungsnarrative: Aktueller Stand und Ausblick auf die Zukunft für die P/CVE-Arbeit in der EU“](#), 2021.

RAN-[Faktenheft Rechtsextremismus](#), 2019.

Über den Aufbau und die Stärkung von Kooperationen mit Gemeinschaften:

RAN-Themenpapier [‘Developing counter- and alternative narratives together with local communities’](#), 2018.

RAN-Ex-post-Beitrag [‘Engaging with communities – Collaboration between local authorities and communities in PVE’](#), 2018.

RAN Policy & Practice Ex-post-Beitrag [‘Engaging with communities in P/CVE’](#), 2018.

RAN YF&C Ex-post-Beitrag [‘Strengthening community resilience to polarisation and radicalisation’](#), 2017.

RAN Ex-post-Beitrag [„Study visit to Northern Ireland on community engagement and resilience“](#) ([RAN-Studienreise nach Nordirland zur Einbindung von Gemeinschaften und Resilienz](#)), 2017.

Über akteursübergreifende Zusammenarbeit (und deren Aufbau)

RAN Policy Paper [„Entwicklung eines lokalen Präventionsrahmens und Leitprinzipien – Teil 2“](#), 2018.

Thesenpapier von RAN H&SC [„Behördenübergreifende Zusammenarbeit und Verhinderung von gewaltbereitem Extremismus: Beitrag 2“](#), 2018.